



FRIEDEN AUF DER ERDE – FRIEDEN MIT DER ERDE.

Eingereicht von: Erhard-Eppler-Kreis

Abstract

Der Ukrainekrieg ist eine tiefe Zäsur für die Beziehungen und das Zusammenleben der europäischen Gesellschaften und Staaten – mit weltweiten Auswirkungen. Militärische und sicherheitspolitische Überlegungen bestimmen verständlicherweise aktuell die öffentlichen Debatten und Entscheidungen der Regierungen. Für die Politik ist es aber wichtig, auch in kriegerischen Zeiten friedensfähig zu bleiben. Dazu gehört in erster Linie, dass die politischen Schlussfolgerungen aus der „Zeitenwende“, nicht nur sicherheitspolitisch dominiert sind, denn die zahlreichen internationalen Probleme, die nach einer Lösung schreien, lassen sich aus sicherheitspolitischer Perspektive nicht bewältigen. Notwendig ist deshalb eine mehrfache Öffnung der Debatte und der politischen Entscheidungen. Der Antrag/Impuls regt konkret an: Die SPD ernennt in Doppelspitze zwei friedenspolitische Sprecher*, davon mindestens eine Frau. Die SPD setzt sich dafür ein, im Bundeshaushalt einen Etatposten für Krisenprävention und - Mediation einzuführen. Die SPD wird sich für die Einrichtung eines Friedensministeriums einsetzen. Sie SPD wird die innerparteiliche, zivilgesellschaftliche und die internationale Vernetzung zu Frieden und Völkerrecht von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten intensivieren Die SPD wird einen Bundesparteitag mit dem Schwerpunktthema „Frieden auf der Erde – Frieden mit der Erde“ ausrichten

Antrag/Impuls

Frieden muss – neben Gerechtigkeit – das wichtigste Ziel sozialdemokratischer Politik sein. Auch in kriegerischen Zeiten müssen wir friedensfähig bleiben. Die SPD muss sich wieder auf ihre Tradition, auf das Erbe Willy Brandts und Erhard Epplers, besinnen. Friedenspolitik muss auch in diesen Zeiten das unverwechselbare politische Alleinstellungsmerkmal der SPD sein. Zielsetzung ist, deutlich zu machen, dass Frieden zwischen Ethnien und Nationen ohne Frieden mit der Natur angesichts der ökologischen Krisen im Weltmaßstab nicht möglich sein wird. Klimapolitik ist auch Friedenspolitik.

Eine Nationale Sicherheitsstrategie als Leitplanke für die internationale Politik Deutschlands der kommenden Jahre darf sich nicht auf sicherheitspolitische Aspekte beschränken oder Sicherheit gar mit militärischer Stärke gleichsetzen. Sie muss zu einer Nationalen Strategie der Sicherheit durch Friedensförderung entwickelt werden.

Für die Zukunft müssen Diplomatie, Krisenprävention und Zivile Konfliktbearbeitung dauerhaft, systematisch, inhaltlich und in ihren Verfahren (z. B. Mediation) ausgebaut werden.

Sozialdemokratische Initiativen für Rüstungskontrolle, Abrüstung und ein atomwaffenfreies Europa gehören unmittelbar zu einer zukunftsfähigen



Sicherheitsstrategie. Ohne den Kampf gegen Klimakrise, Hunger, Pandemien und Artensterben - über und mit den Vereinten Nationen - führt eine Sicherheitsstrategie in die Irre.

In der Strategie, die die Leitplanken der deutschen internationalen Politik bestimmen soll, müssen deshalb die Sicht und die Interessen des sog. „Globalen Südens“ (z. B. Indiens, Afrikas und Lateinamerikas) gehört und systematisch einbezogen werden. Die weltweiten Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine führen diese Notwendigkeit aktuell unübersehbar vor aller Augen.

Dabei sollte die deutsche internationale Politik die Linie verfolgen, Konfrontationen zu vermeiden oder abzubauen und unterschiedliche Interessen und Positionen auszugleichen und zusammenzuführen.

Dafür müssen die Vereinten Nationen gestärkt werden in ihrer unparteiischen Rolle bei Konfliktvermittlung und friedenssichernden Einsätzen sowie der Sicherung der Menschenrechte und des Völkerrechts.

Die damit verbundene Übernahme von weltweiter Verantwortung durch die Bundesrepublik Deutschland erfolgt auf der Grundlage unserer Überzeugungen und im Rahmen unserer Möglichkeiten und hat als Erfolgsbedingungen eine kraftvolle Wirtschaft, ein starkes demokratisches System und die Fähigkeit, das eigene Land und andere zu verteidigen.

Die SPD setzt auf Bundes- und Länderebene Arbeitsgruppen bzw. Kommissionen zum Thema „Friedenspolitik“ ein. Diese sollen auf dieser Basis programmatische Grundlagen einer sozialdemokratischen Politik der Friedensförderung und Nachhaltigkeit für diese Legislaturperiode und die Jahre bis 2030 formulieren. Ferner sollen sie aktuelle friedenspolitische Geschehnisse bzw. Konflikte beurteilen und kommentieren.

Die SPD ernennt in Doppelspitze zwei friedenspolitische Sprecher*, davon mindestens eine Frau.

Die SPD setzt sich dafür ein, im Bundeshaushalt einen Etatposten für Krisenprävention und -Mediation einzuführen.

Die SPD wird sich für die Einrichtung eines Friedensministeriums einsetzen.

Die SPD wird die innerparteiliche, zivilgesellschaftliche und die internationale Vernetzung zu Frieden und Völkerrecht von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten intensivieren.

Ziel ist ein SPD-Bundesparteitag mit dem Schwerpunktthema „Frieden auf der Erde – Frieden mit der Erde“.

Begründung

Unsere Partei hat eine doppelte DNA – Gerechtigkeit und Frieden.

Am erfolgreichsten war sie, wenn sie sich in beiden Politikfeldern aktiv und erkennbar engagierte. Der Antrag und die darin enthaltenen Vorschläge wollen erreichen, dass sie dies auch aktuell und künftig tut. Dies geschieht am besten durch eine friedenspolitische Positionierung. Der Ukrainekrieg ist eine tiefe Zäsur für die Beziehungen und das Zusammenleben der europäischen Gesellschaften und



Staaten – mit weltweiten Auswirkungen. Militärische und sicherheitspolitische Überlegungen bestimmen verständlicherweise aktuell die öffentlichen Debatten und Entscheidungen der Regierungen. Für die Politik ist es aber wichtig, auch in kriegerischen Zeiten friedensfähig zu bleiben. Dazu gehört in erster Linie, dass die politischen Schlussfolgerungen aus der „Zeitenwende“, nicht sicherheitspolitisch dominiert sind, denn die zahlreichen internationalen Probleme, die nach einer Lösung schreien, lassen sich aus sicherheitspolitischer Perspektive nicht bewältigen.

Notwendig ist deshalb eine mehrfache Öffnung der Debatte und der politischen Entscheidungen

- Zeitlich hin auf eine Perspektive über die gegenwärtige Legislaturperiode hinaus auf die Jahre bis etwa 2030
- Erweiterung der europäischen Sichtweise durch die der Länder des sog. „Globalen Südens“ und ihre möglichen Beiträge.
- Methodisch durch Ergänzung der Diplomatie mit den Mitteln der Mediation und den anderen inzwischen entwickelten Möglichkeiten ziviler Konfliktbewältigung
- Weiterentwicklung der Politik der Krisenprävention zu einer aktiven Politik der Friedensförderung. Krieg, Terror und Gewalt brauchen zwar ein klares Nein. Lediglich etwas zu verhindern, reicht aber nicht.